

FREIBERUFLER-TICKER vom 21. April 2023

1. Einladung zum „Tag der Freien Berufe“

Am 2. Mai 2023 veranstaltet der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) den diesjährigen Europäischen Tag der Freien Berufe – dieses Mal unter dem Titel: „Fostering skills and delivering the Green Deal“. Die Veranstaltung bringt wichtige Akteurinnen und Akteure der Freien Berufe in Europa sowie wichtige politische Entscheidungsträgerinnen und -träger der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten zusammen. Der BFB ist in diesem Zusammenhang erneut stark vertreten. Neben dem BFB-Präsidenten Friedemann Schmidt, der sich zum Themenkomplex Aus- und Weiterbildung beziehungsweise Fachkräftemangel und Fachkräftesicherung einbringen wird, konnte zudem auch Prof. Ralf Niebergall, BFB-Vizepräsident und Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer, für eine Teilnahme gewonnen werden. Er wird zum Thema „The climate challenges: Why the professions need to act“ sprechen. Die Konferenz findet von 10.30 bis 17.00 Uhr statt und kann entweder in den Räumlichkeiten des EWSA in Brüssel besucht oder über die [Veranstaltungsseite](#) per Webstream verfolgt werden. Bei Interesse einer Teilnahme vor Ort ist eine [Registrierung](#) bis zum 27. April 2023 notwendig.

2. Save the Date: BFB-Fachkräftekonferenz am 7. Juni 2023

Am 7. Juni 2023 findet die Highlight-Veranstaltung des BFB 2023 statt. Unter dem Titel „Wie arbeiten wir morgen und mit welchen Qualifikationen in Deutschland und Europa? – die Expertenkonferenz“ werden bis zu 250 Speakerinnen und Speaker, Expertinnen und Experten und Gäste im Aquino Hotel Berlin-Mitte (Hannoversche Straße 5) ab 13:30 Uhr zusammenkommen, um Herausforderungen, Chancen und konkrete Handlungsempfehlungen zu diskutieren. Vor allem werden die Handlungsfelder Qualifikation, Digitalisierung und Fachkräfteeinwanderung adressiert. Neben anregenden Diskussionen und Möglichkeiten zur Vernetzung soll ein Masterplan Fachkräftesicherung vorgestellt werden, der an Politik und Bundesministerien adressiert wird. Speakerinnen und Speaker sind unter anderem Bettina Stark-Watzinger, Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Robert Mayr, CEO der DATEV, Ralph Strehlau, Präsident des Bundesverbands Deutscher Unternehmensberatungen, und Cathi Bruns, Unternehmerin und Expertin für Selbstständigkeit und Unternehmertum. Wir laden Sie herzlich zu dieser Veranstaltung ein und bitten um Anmeldung unter [BFB-Fachkräftekonferenz am 7. Juni 2023, 14 Uhr – BFB \(freie-berufe.de\)](#). Wir bedanken uns bei unseren Kooperationspartnern DATEV (Hauptsponsor) und der Deutschen Apotheker- und Ärztekbank.

3. Ergebnisse der Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau nun online

Das Bundesministerium der Justiz führte eine Verbändeabfrage durch, um den Abbau unnötiger Bürokratie voranzutreiben. Der BFB beteiligte sich mit weiteren 441 Verbänden an der [Abfrage](#) und brachte eigene Vorschläge zum Bürokratieabbau ein. Benjamin Strasser MdB (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, kündigte an, die eingereichten und vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Vorschläge bereits Anfang Mai 2023 in einer Staatssekretärsausschuss-Sitzung inhaltlich diskutieren zu wollen, um noch in diesem Jahr einen Referentenentwurf für ein neues Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen.

4. Zahl neuer Ausbildungsverträge leicht gestiegen

Das Statistische Bundesamt [vermeldete](#) Ende vergangener Woche, dass 2022 468.900 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden, ein Plus von 0,6 Prozent zum Vorjahr. Dennoch lag die Zahl der neuen Ausbildungsverträge um acht Prozent niedriger als 2019. Den allgemein stärksten Zuwachs hatten Neuabschlüsse im Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ (ein Plus von 2,9 Prozent auf 269.800), während in der Landwirtschaft ein sehr starker Rückgang zu verzeichnen war (minus fünf Prozent). In den Freien Berufen gab es ebenfalls einen Rückgang der neuen Ausbildungsverträge von 2,5 Prozent. Die Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung bescheinigten einen kleineren Rückgang von 0,6 Prozent zum 30. September 2022. Des Weiteren gingen auch die neuen Ausbildungsverträge im Handwerk um 2,3 Prozent zurück. Die Gesamtzahl der Auszubildenden war 2022 weiter rückläufig. So befanden sich zum Jahresende 1.216.000 Personen in Deutschland in einer dualen Berufsausbildung, das waren drei Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Dieser Rückgang fällt stärker aus als 2021 (minus 2,6 Prozent), was sich mit der geringen Zahl an Neuabschlüssen der beiden letzten Jahre und insbesondere durch den Einbruch bei den Neuabschlüssen 2020 durch die Corona-Pandemie erklären lässt.

5. Statistik zur Ausbildungsvergütung veröffentlicht

Wie das Statistische Bundesamt in seiner Pressemitteilung vom 19. April 2023 [schrieb](#), lag die Höhe der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung bei 1.057 Euro im Monat. Die Höhe der Vergütung hängt unter anderem vom erlernten Ausbildungsberuf ab. Überdurchschnittlich viel verdienten 2022 Auszubildende in Gesundheits- und Pflegeberufen, ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst lag bei 1.139 Euro brutto. Des Weiteren verdienten im Handwerk Auszubildende im Durchschnitt 901 Euro brutto im Monat. Die geringste Vergütung erhielten 2022 Auszubildende in Künstlerberufen: Auszubildende in Bereichen wie beispielsweise Musik, Fotografie oder Grafikdesign hatten einen monatlichen Bruttoverdienst von durchschnittlich 783 Euro. Der Verdienst von Auszubildenden steigt mit der Größe des Ausbildungsunternehmens: Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten zahlten ihren Auszubildenden 2022 ein durchschnittliches Bruttomonatsgehalt von 828 Euro. Auszubildende in Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten verdienten im Schnitt 944 Euro brutto im Monat. In Unternehmen mit 1.000 oder mehr Beschäftigten erhielten Auszubildende durchschnittlich 1.253 Euro brutto im Monat. Überdies zeigten Erstergebnisse des Mikrozensus 2022, dass gut zwei Drittel der rund 1,5 Millionen Auszubildenden, die eine Ausbildungsvergütung erhielten, noch im Elternhaus wohnten.

6. KOM für signifikante Impulse bei digitaler Bildung und der Vermittlung digitaler Kompetenzen

Im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Kompetenzen beschloss die Europäische Kommission (KOM) am 18. April 2023 zwei Vorschläge für Empfehlungen des Rates, mit Hilfe derer die digitalen Kompetenzen der Menschen in der Europäischen Union (EU) verbessert werden sollen. Der Vorschlag für eine „[Empfehlung des Rates zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche digitale Aus- und Weiterbildung](#)“ hält die Mitgliedstaaten an, für einen universellen Zugang zu inklusiver und hochwertiger digitaler Aus- und Weiterbildung zu sorgen. Dies könnte durch die Schaffung eines stringenten Rahmens für Investitionen, Governance und Lehrerausbildung erreicht werden. Den Mitgliedstaaten werden Leitlinien und Maßnahmen empfohlen für ein Querschnittskonzept, die Einbeziehung aller Beteiligten und eine operative Innovations- und Digitalisierungskultur unter Leitung des Lehrpersonals. Der Vorschlag für eine „[Empfehlung des Rates zur Verbesserung der Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung](#)“ befasst sich mit den einzelnen Bildungsebenen. Er hält die Mitgliedstaaten dazu an, frühzeitig digitale Kompetenzen auf allen Bildungsebenen kohärent zu

vermitteln. Dies könnte durch Etappenziele und auf bestimmte „vorrangige oder schwer erreichbare Gruppen“ ausgerichtete Maßnahmen erreicht werden.

7. Chancenmonitor 2023 des ifo Instituts veröffentlicht

Wie das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München (ifo Institut) am 18. April 2023 [mitteilte](#), unterscheiden sich die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland sehr stark. Je nach Familienhintergrund beträgt die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, zwischen einem und vier Fünfteln. Die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, liegt bei einem Kind mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Einkommensviertel und mit Migrationshintergrund bei 21,5 Prozent. Im Gegensatz dazu liegt sie bei 80,3 Prozent, wenn das Kind mit zwei Elternteilen mit Abitur aus dem obersten Einkommensviertel und ohne Migrationshintergrund aufwächst. Ein Migrationshintergrund ist jedoch wenig ausschlaggebend. Die ifo-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler empfehlen, besonders qualifizierte Lehrkräfte für Schulen mit vielen benachteiligten Kindern zu gewinnen. Beispielsweise könnte durch höhere Bezahlung die Arbeit an diesen Schulen attraktiver gemacht werden. Auch sollte der Besuch frühkindlicher Bildungseinrichtungen für benachteiligte Familien flächendeckend kostenfrei sein.

8. Mentorinnen und Mentoren für die zweite Runde des Projekts BESSER gesucht

Für Menschen mit Behinderung ist die Selbstständigkeit oft eine attraktive oder gar die einzig mögliche Arbeitsform, da sie unkompliziert nötige Anpassungen der eigenen Stelle erlaubt. Leider herrschen vielerorts noch Diskriminierung und Vorurteile. Hier setzt das Projekt „Barrierefrei Existenzgründen. Selbstständig und erfolgreich im Erwerbsleben mit Behinderung“ ([BESSER](#)) an, indem es für ein Jahr Teams aus Mentorin oder Mentor und Mentee bildet. Dabei wird klassisches Gründungs-Know-how der Vorgründungs- und Startphase mit behindertenspezifischen Themen kombiniert. Als Mentorin oder Mentor können sich Menschen mit Behinderung, die Erfahrungen als Selbstständige gesammelt haben, noch bis zum 5. Mai 2023 [bewerben](#). Anfallende Unkosten werden erstattet.

9. Einzelberatungen des IFB für Gründende in den Freien Berufen

Das Institut für Freie Berufe an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (IFB) bietet laufend Beratungen für Gründende in den Freien Berufen an. Die Einzelberatungen dauern 60 Minuten und finden in unterschiedlichen Städten in Präsenz statt. Die Einzelberatungen des IFB richten sich an alle Freiberuflerinnen und Freiberufler, die mit dem Gedanken der Selbstständigkeit spielen. Im persönlichen Einzelgespräch gehen die Expertinnen und Experten des IFB auf individuelle Fragen ein und sichten Unterlagen. Die nächsten Beratungen finden am 25. April 2023 in Villingen-Schwenningen sowie in Merkendorf (Landkreis Ansbach) statt. Eine Anmeldung ist erforderlich über den Veranstaltungskalender auf der Website des IFB unter <http://ifb.uni-erlangen.de/veranstaltungen/>.

10. Von der Geschäftsidee zur erfolgreichen Gründung in zwölf Monaten – Start der Bewerbungsphase bei „CoCo – Frauen gründen“

Das Programm „[CoCo – Frauen gründen](#)“ soll gründungswillige Frauen in allen Lebenslagen aus Hessen von der Geschäftsidee bis hin zur Umsetzung über ein Jahr hinweg mit mehreren flexibel gestaltbaren [Modulen](#) und Vernetzungsgelegenheiten unterstützen. So werden Teilnehmerinnen von erfahrenen Mentorinnen individuell begleitet und können unter anderem im digitalen „Gründungs-Lab“ die gelernte Theorie in die Praxis bringen. Die [Anmeldung](#) ist noch

bis zum 31. Mai 2023 möglich. Das Angebot ist dank der Förderung durch KfW Stiftung und Social Business Woman kostenfrei.

11. KfW Award Gründen: Bewerbung bis zum 1. Juli 2023 möglich

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) schreibt den KfW Award Gründen aus, dessen Bewerbungsphase bis zum 1. Juli 2023 läuft. Für den Preis unter der Schirmherrschaft von Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, können sich junge Unternehmen sowie Start-ups aller Branchen mit Sitz in Deutschland ab Gründungsjahr 2018 (es gilt der Eintrag ins Handelsregister) bewerben. Auch Firmen, die im Rahmen einer Nachfolge übernommen wurden, sind teilnahmeberechtigt. Besonders richtet sich der KfW Award Gründen an junge Gründerinnen und Gründer. Bewertet werden Innovationsgrad, Kreativität, soziale Verantwortung und/oder ein gesellschaftlicher Mehrwert ebenso wie der wirtschaftliche Erfolg, die ökologische Nachhaltigkeit sowie die Förderung eines integrativen, diversen Arbeitsumfelds. Pro Bundesland wird ein Gewinnerunternehmen mit einem Preisgeld von je 1.000 Euro gekürt. Die auf Landesebene ausgezeichneten Unternehmen konkurrieren um das Preisgeld von 9.000 Euro. Zusätzlich gibt es einen Sonderpreis sowie einen Publikumspreis. KfW Capital verleiht zudem den KfW Capital Award für „Best Female Investor“ und „Best Impact Investor“. [Hier](#) geht es zur Online-Bewerbung.

12. Youth Impact Entrepreneurship – Deutschland international im Mittelfeld

Aus einer [Pressemitteilung](#) der Bertelsmann Stiftung aus der vorvergangenen Woche geht hervor, dass sich rund ein Viertel der gesamten unternehmerischen Aktivität in Deutschland auf junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren zurückführen lässt. Das zeigt eine Auswertung von Daten des Global Entrepreneurship Monitor für den Zeitraum von 2013 bis 2018. Im europäischen Vergleich bewegt sich die Bundesrepublik damit nur im Mittelfeld. Zudem stagnierte die Entwicklung in dieser Altersgruppe in den vergangenen Jahren. Viele junge Menschen wollen unternehmerisch aktiv werden, stoßen dabei aber auf verschiedene Herausforderungen und Hindernisse. Strukturelle Barrieren für Youth Entrepreneurship sind unter anderem kulturelle Bedingungen wie beispielsweise eine Fehler stark stigmatisierende Kultur oder wenig Status und Respekt gegenüber erfolgreichen Gründerinnen und Gründern. Nach prozentualem Anteil von Youth Entrepreneurship an der unternehmerischen Gesamtaktivität eines Landes liegen die Niederlande im europäischen Vergleich mit 35 Prozent (2018) an erster Stelle.

13. Digitalführerschein für bessere digitale Teilnahme von Seniorinnen und Senioren

Das Projekt „[Digitaler Engel](#)“ von „Deutschland sicher im Netz“ (DsiN) wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für seine Unterstützung von Seniorinnen und Senioren bei der digitalen gesellschaftlichen Teilhabe gefördert. Ziel des Projekts ist es unter anderem, die Selbstständigkeit im Alter zu fördern. Zu diesem Zweck erlernen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen eines „Digitalführerscheins“ die nötigen Grundkenntnisse – unter anderem geht es neben gerätespezifischen Tipps um [Themen](#) wie Backup, Cloud, sichere Bezahlmethoden, gute Passwörter, Virenschutz und WLAN. Zusätzlich bietet DsiN zwei [Infomobile](#) an, welche deutschlandweit auf Tour sind und vor Ort informieren.

14. Digitalisierung spielt wichtige Rolle bei der ökologischen Transformation

Die Digitalisierung spielt laut der am 18. April 2023 vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn veröffentlichten Ergebnisse einer Befragung von Führungskräften in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) eine wichtige Rolle bei der ökologischen Transformation – sei es, um

beispielsweise das betriebliche Wissen vor Extremwetterereignissen zu sichern oder sei es, um Energieverbräuche zu visualisieren. Mehr als drei Viertel der KMU erwarten, dass sich die Folgen des Klimawandels zu einer nachhaltigeren Wirtschaft auf die eigene Geschäftstätigkeit auswirken werden. Bei den Großunternehmen sind es fast 90 Prozent. Allerdings werden die ökologischen Anstrengungen der KMU von begrenzten Ressourcen, Bürokratie und Fachkräftemangel limitiert. Die ausführliche Studie „Anpassung an den Klimawandel: Spezifische Herausforderungen für KMU“ finden sich [hier](#) – eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse [hier](#).

15. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023 veröffentlicht

Die Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023 mit dem Titel „Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken“ der führenden Wirtschaftsinstitute im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wurde Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#). Demnach soll das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,3 Prozent wachsen, 2024 um 1,5 Prozent. Die Arbeitslosigkeit dürfte 2023 bei 5,4 Prozent liegen, für 2024 beträgt sie 5,3 Prozent. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von sechs Prozent im Durchschnitt in diesem Jahr, im kommenden Jahr um 2,4 Prozent. Sie befürworten insgesamt die Krisenmaßnahmen mit Blick auf ihre konjunkturstabilisierende Wirkung, sehen jedoch bezüglich der Herausforderungen des demografischen Wandels und der Energiewende angebotsseitigen Reformbedarf, um das Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft zu stärken.

16. Beschäftigung entwickelt sich 2023 in Westdeutschland positiver als in Ostdeutschland

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte 2023 in Westdeutschland mit 1,1 Prozent stärker steigen als in Ostdeutschland mit 0,7 Prozent. Am stärksten steigt die Beschäftigung in den drei Stadtstaaten: in Berlin um zwei Prozent, in Hamburg um 1,9 Prozent und in Bremen um 1,3 Prozent. Einen Rückgang bei der Beschäftigung gibt es mit einem Minus von 0,2 Prozent in Sachsen-Anhalt und 0,1 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Das geht aus einer am 3. April 2023 [veröffentlichten](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hervor.

17. Bevölkerungsprognose: EU-Bevölkerung sinkt bis 2100 um sechs Prozent

Jüngste [Bevölkerungsprognosen](#) von Ende März 2023 des Statistischen Amtes der Europäischen Union legen nahe, dass die Bevölkerung der Europäischen Union (EU) zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 1. Januar 2100 um sechs Prozent abnimmt, was einem Rückgang von 27,3 Millionen Menschen entspricht. Nach einem Bevölkerungsrückgang 2020 und 2021 aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie erholten sich die Bevölkerungszahlen im vergangenen Jahr. 2022 weist die Bevölkerungspyramide der EU bereits die Form auf, die mit der langen Lebenserwartung, den niedrigen Sterbeziffern und den niedrigen Geburtenziffern einhergeht: Der größte Anteil der Bevölkerung besteht aus Menschen im erwerbsfähigen Alter über 50 Jahren, während der Anteil der jungen Menschen unter 20 Jahren deutlich geringer ist. Infolge des Flüchtlingszustroms von Ukrainerinnen und Ukrainern ab Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erreichte die Bevölkerung der EU zum 1. Januar 2023 schätzungsweise 451 Millionen Menschen. Nach Eurostat-Prognose wird die EU 2026 einen Bevölkerungshöchststand (453 Millionen) erreichen, bevor sie bis 2100 auf 420 Millionen zurückgeht. Die Ergebnisse beruhen auf der Annahme einer teilweisen Konvergenz der Fertilitäts-, Mortalitäts- und Migrationsmuster der EU-Länder.

18. Statistik der Arbeitskosten in der EU veröffentlicht

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Amtes der Europäischen Union vom Ende vergangener Woche wurden die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde 2022 auf 30,50 Euro in der Europäischen Union (EU) und 34,5 im Euroraum geschätzt, ein Anstieg von fünf Prozent zu 2021. Die Arbeitskosten variieren deutlich, so liegen sie in Luxemburg mit 50,70 Euro am höchsten, gefolgt von Dänemark mit 46,80 Euro und Belgien mit 43,50 Euro. Am niedrigsten waren die Arbeitskosten in Bulgarien (8,20 Euro) und Rumänien (neun Euro). Die beiden Hauptbestandteile der Arbeitskosten sind Löhne und Gehälter sowie Lohnnebenkosten (beispielsweise Sozialabgaben der Arbeitgeber). Innerhalb des Euroraums stiegen die Arbeitskosten pro Stunde in allen Mitgliedstaaten. Die größten Zuwächse wurden in Litauen (plus 13,3 Prozent), Irland (plus 9,3 Prozent) und Estland (plus 9,1 Prozent) verzeichnet. In den EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums stiegen die in Landeswährung ausgedrückten Arbeitskosten pro Stunde 2022 in allen Ländern, wobei es die stärksten Anstiege in Bulgarien (plus 15,3 Prozent), Ungarn (plus 13,9 Prozent), Rumänien (plus 12,2 Prozent) und Polen (plus 11,7 Prozent) gab.

19. 60 Jahre wichtige Arbeit – Gratulation an den Vmf

In der vergangenen Woche feierte der [Verband medizinischer Fachberufe](#) (Vmf) sein 60. Jubiläum in Würzburg. Am 10. Januar 1963 wurde der Verband – damals als Berufsverband der Arzthelferinnen e.V. (BdA) – in Braunschweig gegründet, bis jetzt folgten 60 Jahre Engagement für die Fachkräfte in den Heilberufen. Dazu zählen Medizinische Fachangestellte, Tiermedizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte und Zahntechnikerinnen, Zahntechniker. Bereits 1969 gelang es dem Verband, den ersten Tarifvertrag für Arzthelferinnen abzuschließen, 1982 folgte der erste Tarifvertrag für Zahnarzthelferinnen und 1987 der erste für Tierarzthelferinnen. Hannelore König, Präsidentin des Vmf, vergleicht: „Vor 60 Jahren gab es noch die Sprechstundenhilfen mit Familienanschluss und einem Aufgabenbereich, der von Putz- bis Laborarbeiten, von privaten Besorgungen für den Chef bis zu anspruchsvollen Assistenztätigkeiten reichte. Schon 1965 haben es unsere Gründungsfrauen geschafft, gemeinsam mit den Sozialpartnern aus dem Anlernberuf einen staatlich anerkannten Ausbildungsberuf zu entwickeln. Mehr als 50 Jahre später sind Medizinische Fachangestellte eine wichtige Säule im ambulanten Gesundheitswesen, ohne die keine Arztpraxis funktioniert. Unser Verband hat durch sein Wirken in der Bildungspolitik zu dieser positiven Entwicklung wesentlich beigetragen.“ Der BFB gratuliert dem Vmf und seiner Präsidentin herzlich, bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und freut sich auf weitere Kooperationen.